



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag fällt sie aus. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus 2,50 Mk., bei Vorzahlung ohne Bestellgebühr monatlich 2 Mk., bei Bestellung unter Streifen 4,30 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postwertzeichen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Kurt Rodde 2895 und 2896.

In jedem Heft ein abgehefteter Umschlagbogen über deren Raum 75 Pf., kleine Ausgaben des folgebundenen Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Eintragungsgebühr 50 Pf. Bei Familien- und Vereinstellungen sind die Postgebühren zu zahlen. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Abend-Ausgabe: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19  
Verleger: Kurt Rodde 2895.

# Die Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 5. Februar 1919

Nummer 64

# Kanonen und Minenwerfer gegen Arbeiter.

## Der Bremer Arbeitermord.

Diesmal wird es doch nicht gelingen, die Wahrheit zu verschleiern. Alle Angaben über das, was die Kommunisten in früheren Tagen gemacht haben, schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Arieaszug gegen Bremen von der Regierung unternommen worden ist zu einer Zeit, wo in Bremen alles ruhig war; daß die Bedingungen, die die Regierung gestellt hat, nahezu restlos von der Bremer Arbeiterchaft angenommen worden sind; daß die Regierung, als sie sah, daß das Gelingen von Verhandlungen, die ihre eigenen Anhänger mit allem Nachdruck forderten, fast gesichert waren, die Verhandlungen abbrach und der Division Gerstenberg den Befehl zum Einmarsch gab.

Die Differenzen zwischen den Forderungen der Regierung und den Angehörigen der Bremer Arbeiter waren nicht gering, als die zwischen dem österreichischen Ultimatum an Serbien und der serbischen Antwort. Die sozialistische Regierung handelte gegen die deutschen Arbeiter noch verbrecherischer und perfider, als die österreichische Regierungsbände gegen ein auswärtiges Volk.

An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln und nicht zu denken, und deshalb wächst der Widerstand gegen diese entsetzliche Politik in der gesamten Arbeiterklasse immer stärker an. In der Beurteilung dieser Politik wird sich die deutsche Arbeiterchaft immer rascher einig.

Dafür zeugt folgende Kundgebung des Hamburger A- und S-Rates, die das „Hamburger Echo“, das während der ganzen Zeit auf der äußersten Rechten der Mehrheitspartei gestanden hat, an der Spitze seiner Dienstag-Nummer veröffentlicht:

„Der A- und S-Rat in Übereinstimmung mit den hinzugezogenen Vertretern sämtlicher drei Parteigruppierungen und den beiden sozialistischen Redaktionen und des Gewerkschaftsrates von Hamburg erklart in der Entsendung der Division Gerstenberg nach Bremen die Anwendung von Mitteln des alten militärischen Systems. Durchdringung von der Ueberzeugung, daß damit die Reaktion gefördert und die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt werden, erklären die Vertreter sämtlicher Organisationen einmütig, daß sie der Bremer Arbeiterchaft bei der Bekämpfung dieses militärischen Systems jeden Verband stellen.“

Gleichzeitig wurde beschlossen, für beide Klassenkundgebungen in Hamburg einzuberufen und die Gefahren, die der Arbeiterchaft Bremens und der ganzen norddeutschen Arbeiterchaft drohen, abzumenden. Das „Hamburger Echo“ fordert alle Arbeiter auf, die Kundgebungen zu einer machtvollen Demonstration der Einigkeit des Proletariats, in der Verteidigung der Revolution zu gestalten.

Wichtig ist auch, wie das rechtssozialistische Blatt über den letzten Verständigungsvorschlag der Bremer Arbeiterchaft urteilt. Es begrüßt die vollzogene Einigung der Bremer sozialistischen Parteien und ihre Absicht, eine einheitliche Organisation zu gründen. In der Einheitsfront des Proletariats besteht nach dem Scheitern der Diktatur das Heil der Revolution. Dann fährt das „Hamburger Echo“ fort:

Die einmütige Entschlieung der gesamten Bremer Arbeiterchaft und die ebenso einmütige Stellungnahme der Vertreter der Hamburger Arbeiterchaft zu den Vorgängen in und um Bremen und zu den militärischen Maßnahmen der Regierung müssen, so hoffen wir, die Lehren davon überzeugen, daß sie doch wohl nicht recht beraten war, als sie ihren Akt gegen Bremen unternahm und ihn im Geiste des alten militärischen Systems auch dann noch fortsetzte, als durch Entgegenkommen die Gefahr eines Blutvergießens zu vermeiden gewesen wäre. Noch einmal ist der Regierung nun von der bremischen Arbeiterchaft die Gelegenheit geboten worden, einzulenken. Wir können und nicht denken, daß sie sie verübergehen lassen wird. Sie hat es nicht mehr — darüber muß sie sich klar sein — mit sozialistischem Pro-

letariats und Terroristen zu tun, sondern mit der geeinten Bremer Gesamtarbeiterchaft, der sich die militärische und moralische Hilfe der Hamburger Arbeiterchaft zur Seite stellt. In Bremen kann jetzt die Ordnung, auch wie sie die Reichsregierung will, hergestellt werden ohne weiteres Blutvergießen. Und andere Orte müssen und werden sich an Bremen ein Beispiel nehmen. Ein Weiterführen der militärischen Maßnahmen kann nur und muß in der Arbeiterchaft den Gedanken und das Gefühl bekräftigen, daß die militärische Aktion gleichbedeutend mit einer militärischen ist. Und gegen ein Wiederaufleben und gegen Aktionen des militaristischen Geistes, der nur der Reaktion zugute kommen kann, wird die revolutionäre sozialistische Arbeiterchaft der norddeutschen Arbeiterchaft mit aller Entschlossenheit und Entschiedenheit geschlossen Front machen.

Nun, was das Organ der Sozialisten für undenkbar hält, das hat die Regierung Ober-Scheidemann-Roske ausgeführt. Jetzt wird es an der Arbeiterchaft sein, die Antwort zu erteilen.

## Der Schlachtbericht.

Bremen, 5. Februar. (B.T.B.) Ueber die Kämpfe bei der Besetzung der Stadt sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Gestern vormittag 10 Uhr traten die Abteilungen der Division Gerstenberg beschlagnahmt den Vormarsch gegen Bremen an. Es waren angesetzt: die Marinebrigade, früher Oberst Gerstenberg und heutiger Führer Major Mathias mit Abteilung Caspari gegen den Teil Bremens südlich der Weser.

Die Marinebrigade ging von Arbergen und Sebaldsbrück gegen Hemelingen vor. Hier wurde heftiger Widerstand geleistet. Es kam zu einem heftigen Gefecht. Die Marinebrigade erzwang sich den Glumarsh, kämpfte sich bis an die Stadthöhe durch und besetzte das Volkshaus. Der Bahnhof wurde ebenfalls genommen.

Die Abteilung Caspari rückte über Ratzeupel vor. In Ratzeupel lag eine ganze Wache der Kommunisten in einer Gastwirtschaft. Durch ein vorsehendes Panzerauto wurde die Wache überrascht und gab zunächst nur wenige Schüsse ab. Die Spartakisten haben die Hände hoch. Der Führer des Panzerautos sprang heraus; er war leicht verwundet und ließ sich von einem Krankenträger verbinden. Wühlich drang ein Kommunist auf ihn ein und tötete ihn mit zwei Schüssen (?). Die Abteilung rückte nun das Haus. Sie ging weiter vor über den Unterer-Steinweg und die Osterstraße. Hier hatten die Kommunisten Baracken gebaut und Geschütze aufgestellt. Aus den Häusern wurde mit Maschinen-, gewehren und Gewehren geschossen. Auch Artillerievorbereitung wurde auch hier geführt und bis zur Weserbrücke vorgegangen. Die Kommunisten verteidigten das Arbeiterhaus und hatten das ganze nördliche Weserufer fast mit Maschinengewehren besetzt. Es mußten auch hier Artillerie und Minenwerfer angesetzt werden unter deren Schuß gingen die Stoßtruppen über die Brücke und säuberten die der Brücke gegenüberliegenden Häuser. Von hier aus drang die Abteilung bis zum Markt und Rathaus vor und vereinigte sich da mit der Marinebrigade. Gleichzeitig ging die Abteilung Caspari über die große Weserbrücke und eine Abteilung der Landeschützenbrigade über die Kaiserbrücke vor. Diese hatte vormittags einen schweren Stand gehabt. Bereits in den Fabriken an der Neuen Lander-Strasse fanden sie energisches Widerstand, der jedoch durch die abschnittsweise vordringenden Stoßtruppen teilweise unter dem Schuss der Artillerie gebrochen wurde.

Vorläufig hält die Division besetzt: den östlichen Teil Bremens in der Linie Bürgerpark-Güterbahnhof-Eisenbahnbrücke. Im Gewerkschaftshaus wird noch Widerstand geleistet.

Die Division Gerstenberg, welche ausschließlich aus Freiwilligen besteht, hat sich durch die schnelle und glänzende Durchführung ihrer Aufgabe im Interesse Bremens wie des ganzen Reiches große Verdienste (!!) erworben und die Bürgerchaft (!) Bremens wird nicht ermangeln, sich dem opferwilligen Corps jederzeit dankbar zu erweisen.

Die Truppen des Corps waren, wie die Stoßtruppen überhaupt, mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet, weil die Reichsregierung sich entschlossen war, den Widerstand der Kommunisten, die offen gegen die

Reichsregierung rebellierten, unter allen Umständen zu brechen. Unter diesem Eindruck haben auch die Truppen des Bremer Freiwilligenkorps die vorgeschriebenen Operationen durchgeführt. Die Kommunisten in der Südbornstadt setzten ihnen einen oberflächlich organisierten Widerstand entgegen. Teile davon liefen bei den ersten Schüssen weg, andere Teile hielten sich jedoch außerordentlich zäh, so daß es zu wirklich schweren Kämpfen gekommen ist. Ueberall gelang es schließlich, den oft aufgehaltenen Vormarsch auf die innere Stadt nach entsprechender Artillerievorbereitung fortzusetzen, so daß die Freiwilligen schließlich das Rathaus besetzen konnten. Die Fühlung zwischen den einzelnen Abteilungen wurde im Laufe des Tages erreicht, so daß sie in den frühen Nachmittagsstunden die unabhängige Gewalt hatten, daß die Umklammerung der Stadt vollumfänglich gelückt sei. Die Besätze des Freiwilligenkorps gehen und der Nacht werden auf 15 Mann geschätzt, darunter 4 Tote. Das Gerücht, daß ein Mann von Bremen weg geflohen sei, bestätigt sich nicht.

Die Besatzung der hiesigen Kaserne hat im Laufe des Tages die weiße Fahne gehißt und sich für neutral erklärt, doch wird dies seitens der Armeeabteilungen als Kriegslist betrachtet. Da die Spartakisten sich in westlicher Richtung zurückgezogen haben, so muß angenommen werden, daß bei der Säuberung der Stadt weitere Kämpfe in der Waller Vorstadt und im Hafenviertel zu erwarten sind. Besonders schwer werden naturgemäß die Kämpfe bei der Aktiengesellschaft „Weser“ werden, da sich dort die Spartakisten stark verschanzt haben sollen. Bildung haben die Aufständigen die Waffen noch nicht abgegeben.

Welcher Triumphgesang! Es wird über die Kapitulation der revolutionären Arbeiterchaft durch eine sozialistische Regierung berichtet! Jamohl, der Dank der Bürgerchaft, die Zustimmung der Bourgeoisie ist dem Oberst, Scheidemann und Roske sicher — aber ebenso sicher der Feind der Arbeiter und aller Sozialisten.

## Das „Hamburger Echo“ schreibt:

Obwohl aller Bemühungen, den Abschluß der Kämpfe zu erreichen, schienen die Maschinengewehre nicht. Sogar 15-Zentimeter-Kanonen sind von den Regierungstruppen in Tätigkeit gesetzt, um die Maschinengewehre an der Ostum auszuräumen. Mit jedem Schuß wächst auch die gegenseitige Verblüterung. Der Volkswirtschafts- und Arbeitsminister hat bekannt, daß einem toten Arbeiter noch nachträglich der Schädel zerhackt worden sei. 25 Tote, 30 Verwundete sind bis jetzt auf beiden Seiten zu verzeichnen. In den Versammlungen wurden Kandidaten gesucht. Man sieht besonders viele ältere Arbeiter unter dem bewaffneten Teil der Arbeiterchaft. Und zum Teil sind es mit unsere Parteigenossen. Aus allen Richtungen kommen die Kameraden, um die Revolution mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Jutäterliches Mißverständnis! Und ein jeder Tag, der nicht endlich die Entscheidung bringt, erfordert kostbares Menschenblut.

Der „Kommunist“ veröffentlicht heute eine Erklärung, daß die Agitation einiger Mitglieder gegen die Waffenabgabe nichts mit der kommunistischen Partei zu tun habe.

## Banditen!

B. A. B. gibt der Presse folgenden zynischen Bericht weiter: In unseren Berichten aus Bremen ist verschiedentlich wiederholt der Ausdruck Arbeiter und Arbeiterpartei stehen geblieben. Dieser Ausdruck ist falsch und irreführend, da auch in Bremen, wie die Wahlen erwiesen haben, die große Mehrzahl der Arbeiter auf Seiten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei steht. Wir bitten daher, den Ausdruck durch „Aufständische“ zu ersetzen.

Diese Banditen! Nachdem die Bremer Arbeiterchaft, die an den Errungenschaften der Revolution festhält, von der Ober-Regierung zum Kampfe brutal herausgefordert worden ist, will man den todesmutigen Streikern noch das Recht abspucken, als Arbeiter bezeichnet zu werden. Es sind Halunken, Epigonen, Blinderer! Nun, die Soldatenräte haben in ihrer geistigen Lethargie bereits ihr Urteil über die herausfordernden Maßnahmen der Blutregierung Ober-Scheidemann gesprochen. Was das Bürgerium über das verbrecherische Vorgehen der Gerstenbergischen Sold-



Es triumphieren! Mag die Presse ihren Not gegen die „Auständischen“ priken. Die revolutionäre Arbeiterschaft ganz Deutschlands weiß das schändliche Treiben dieser reaktionären Subalterne entsprechend zu würdigen. Der Hunnenzug gegen Bremen, mit samt seinen Lügen, mit samt seinem Vertrag, wird ihre Waffen nur schärfer machen und sie energischer den Kampf aufnehmen lassen gegen alle Feinde der Revolution.

### Streikandrohung der Düsseldorfer Bürgerchaft.

Düsseldorf, 4. Februar. (B. L. B.) In einem in der Presse veröffentlichten Schreiben an den Vollzugsausschuss des Arbeiterrates fordert der Vollzugsrat der Beamten- und Arbeiterausschüsse der öffentlichen Behörden in Düsseldorf, ferner die Stabsvertretungen der Ärzte, Apotheker, Architekten und Ingenieure, der Bankbeamten sowie die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine, die vereinigten Handwerkerinnungen, der Verein deutscher Diplomingenieure, das Kartell der juristischen Gewerkschaften und der Anwaltverein in Düsseldorf:

1. Absolute Presse- und Versammlungsfreiheit;
2. Gewährleistung der freien und ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März;
3. Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl unter allen Umständen;
4. Bildung eines ehrenamtlichen Vollrates, der bis zum Zusammentritt der neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung der Verwaltung zur Seite gestellt wird und sich zu je einem Drittel aus dem jetzigen Arbeiterrat und Kreisen der bezeichneten Organisationen und der Reichheitssozialisten zusammensetzt, und dessen Aufgabe es sein soll, der drohenden Finanznot zu steuern, das drohende Ernährungsleiden abzuwehren und insbesondere die kleinmöglichten Maßregeln zu ergreifen, um der von Tag zu Tag steigenden schrecklichen Mindersterblichkeit und der immer steigenden Sterblichkeit der Ermöglichten infolge der Unterernährung entgegenzuwirken, sowie Mittel und Wege zu finden, um der schon vorhandenen und immer drohender anwachsenden Arbeitslosigkeit zu steuern;
5. Verpflichtung des Vollzugsausschusses des Arbeiterrates, keine ungeschicklichen Eingriffe in die persönliche Freiheit und in Eigentum der Bürger oder der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsanstalten vorzunehmen.

Sollte bis heute nachmittags 3 Uhr eine befriedigende Antwort auf dieses Ultimatum nicht erfolgen, so werden die durch die genannten Organisationen vertretenen Berufs in den Generalstreik eintreten. Das gleiche wird sofort geschehen, falls gegen irgend eine Person, die mit den Organisationen in Verbindung steht, oder gegen ein öffentliches oder privates Handelsinstitut ein Gewaltakt unternommen oder Bürger als Geiseln beschlagnahmt werden.

In einem Aufruf an die Bürgerchaft wird erzuht, um den Verhandlungen mit dem Vollzugsausschuss den nötigen Nachdruck zu geben, an die gegenwärtigen Inhaber der öffentlichen Gewalt keine Zahlungen zu leisten, besonders die Zahlung der Steuern so lange aufzuschieben, bis die gesetzliche Ordnung der Verwaltung und damit die gesetzliche Verwaltung der öffentlichen Gelder gewährleistet wird.

In einem weiteren Aufruf an die Bürgerchaft teilen die Stadtverordneten von Düsseldorf mit, daß sie vorläufig nicht in der Lage sind, ihre Tätigkeit in den Ausschüssen der Stadtverordneten fortzusetzen, und daß damit keine für die Gemeinde verbindlichen Beschlüsse und Abmachungen mehr zustande kommen können und keine Zahlungen aus öffentlichen Mitteln angewiesen und geleistet werden dürfen.

### Der Generalstreik beschlossen.

Düsseldorf, 4. Februar. Die vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen von Düsseldorf sind, da der Vollzugsausschuss des Arbeiterrates ihre Forderungen unbeantwortet ließ, heute mittag um 12 Uhr in den Generalstreik getreten.

Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes stand bis zum Ausbruch der Revolution unter der Diktatur der militaristischen Kaste. Es gab weder Meinungs- noch Pressefreiheit. Jeder, der es veruchte, gegen diesen verurteilten Zustand anzukämpfen, wurde ins Zuchthaus gesteckt

oder als Kononensfutter an die Front abgeschoben. Das Bürgertum duckte sich dabei nicht nur — es billigte diesen Zustand der Sklaverei, es fühlte sich wohl darunter, weil seine Interessen nicht gefährdet waren. Jetzt, wo das Volk nach Freiheiten verlangt, wird das Bürgertum auf einmal lebendig und droht mit dem Streik. Sein Hinweis auf die gefährdete Freiheit ist aber nichts weiter als elende Heuchelei, hinter der sich die schamlose Interessenpolitik einer an Ausbeutung und Unterdrückung gewohnten Kaste verbirgt.

### Die Sozialisierung in der Verfassung.

Die Sozialisierungskommission hat am 30. Januar unter Hingabe des Rechtslehrers Prof. Radbruch beraten, wie die Sozialisierung in allen ihren Formen verfassungsmäßig zu ermöglichen und zu sichern sei. Nach ihrem Vorschlag sollen der Kompetenz des Reiches unterliegen: Die Bergeshaftung von Roturschäfen, Wirtschaftsbetrieben und Grundbesitz, die Bildung von Zwangsverbänden der Unternehmungen eines Wirtschaftszweiges mit dem Zwecke einer einheitlichen Regelung der Gütererzeugung und der Preise und die Regelung des Einflusses der Arbeiter, der Verbraucher und des Gemeinwesens in den wirtschaftlichen Betrieben. Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Verfassung würde die Sozialisierung im eigentlichen Sinne, das heißt, die Ueberführung in das Gemeineigentum, der Kompetenz des Reiches vorbehalten und würde außerdem dem Reich die Befugnis geben, Stellung und Aufgabe der Arbeiterräte gesetzlich zu regeln. Sollte die Verfassung im Sinne dieses Antrages ergänzt werden, so würde damit der § 28, der die Fragen der Landbesiedlung gesondert behandelt, überflüssig werden.

### Spiegel an der Arbeit.

In der Veranstaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die am Sonntag im Lehrervereinhaus das Andenken der Genossen Luxemburg und Liebknecht ehrte, hielten sich trotz der strengen Kontrolle mehrere Spiegel ein. Sie standen anscheinend unter der Leitung des Kriminalkommissars Vorberg und betätigten sich besonders bei der Verlesung des Roten Briefes als echte Spitzel. Der Vorgang bedeutet für alle Genossen eine Warnung, sich die Geheimnisse, die bei allen Gelegenheiten zu Gemeinheitsgeheimnissen und Putsch zu verleiten suchen, recht genau anzusehen.

Bekannt ist es, daß der Kriminalkommissar Vorberg, der so lebhaftes Interesse für die Veranstaltungen der Kommunisten zeigt, derselbe ist, der gleichzeitig von der Regierung dazu bestimmt ist, dem Kriegsgesicht bei der Ausföhrung des Mordes an den Genossen Liebknecht und Luxemburg an die Hand zu gehen. Es dürfte hiernach kein Zweifel daran sein, daß sein Wesen hierbei ebenso ehehlich ist wie der des Kriegsgesichts.

### Die Arbeiter und der Völkerverbund.

Paris, 4. Februar. (Havas.) Außer einem Schriftstück, das als Grundlage für den Aufbau des Völkerverbundes dienen soll, haben Vertreter von Arbeiterverbänden der alliierten Mächte den Premierministern der Alliierten eine Reihe von Wünschen vorgebracht, die Montag nachmittag von dem Völkerverbundsausschuss geregelt worden sind. Der Inhalt der Forderungen ist kurz folgender: Der Friedensvertrag darf keine Verfügung enthalten, die zu den in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson auseinandergesetzten Grundsätzen in Widerspruch steht. Der Völkerverbund soll nicht nur über den Frieden zwischen den Völkern wachen, sondern sich auch für den sozialen Frieden einsetzen und sich bemühen, gleich menschliche Arbeitsbedingungen für die ganze Welt zu erlangen.

Andere Forderungen gehen auf die Einrichtung eines internationalen Bureaus für Arbeit, das alle Prüfungen sozialer Natur ausführen soll und die Ausführung der internationalen Arbeiterschutzgesetze zu überwachen hat. Ferner die Schaffung von internationalen Arbeitskonferenzen, welche die Arbeitsgesetzgebung in neuzeitlichem Geiste gestalten sollen. Sodann die Einsetzung einer internationalen Kommission für Unterricht mit dem

Auftrage, einen Plan über die Nacht und die Grundbesitzfrage der Demokratie aufzustellen, und das Vorrrecht des Unterrichts auf alle Nationen und alle Klassen auszuüben.

Eine andere Art von Forderungen bezieht sich auf die Beschränkung der Rüstungen und die Befreiung der Höhe der Land- und Seestreitkräfte, die nur so stark sein dürfen, daß sie etwaigen Angriffen von Völkerverbunde angeschlossener Staaten oder dessen Entscheidungen widerstrebender Länder begegnen können. Ferner wird der Verkauf von Waffen und Munition, sowie ihre Herstellung durch private Unternehmen verboten.

Diese Reihe von Forderungen fand allgemeine, aber nicht einstimmige Zustimmung, da die Delegationen der Vereinigten Staaten keinen Auftrag erhalten hatten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

### Eine internationale Völkerverbund-Konferenz.

Bern, 2. Februar. Eine Anzahl Friedens- und Völkerverbunde in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz laden die Friedens- und Völkerverbund-Organisationen aller Kriegführenden und neutralen Staaten zu einer internationalen Völkerverbund-Konferenz in Bern zum 20. Februar ein. Als Grund der Einladung wird erklärt, daß es notwendig sei, durch eine Kundgebung der Welt zu zeigen, daß der Sinn der Gerechtigkeit und Versöhnung als notwendige Grundlage für den Völkerverbund bei allen Nationen in gleicher Weise lebhaft sei.

### Gegen die Streikwelle in England.

London, 4. Februar. (Reuter.) Der Vollzugsausschuss der syndizierten Maschinenisten beschäftigte sich gestern mit der Lage, wie sie durch verschiedene wilde Ausstände im Zusammenhang mit den durch die Einführung der 47stündigen Arbeitswoche hervorgerufenen Streiks entstanden ist. Der Ausschuss gab eine Entschlieung bekannt, welche alle wilden Ausstände mißbilligt und sämtliche Mitglieder auffordert, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, um so die verantwortlichen Gewerkschaftsverbände insstand zu setzen, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlungen einzutreten, damit alle Streitigkeiten beseitigt würden.

Der Ausschuss erklärte ferner, während des Krieges sei es aus verschiedenen Gründen notwendig gewesen, mit den für ein solches wildes Vorgehen Verantwortlichen milde zu verfahren, jetzt aber müsse im Interesse der Gewerkschaftsbewegung ein fester Standpunkt eingenommen werden. Darum fordere der Ausschuss alle seine Mitglieder im Gebiet von London auf, die Einschließung der kürzlich stattgehabten inoffiziellen Versammlung zugunsten eines Streikes unbeachtet zu lassen.

### Streiks in England.

London, 3. Februar. Reuter. Auf der in London abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter wurde beschlossen, am Donnerstag die Arbeit niederzuliegen, wenn nicht die 40-stündige Arbeitswoche gesetzlich eingeföhrt wird.

### Politische Nachrichten

Die „Deutsche Tageszeitung“ schickt uns eine Verurteilung zu der Forderung des Genossen Stöckinger, in der dieser behauptete, die „Deutsche Tageszeitung“ habe keine Nützlichstellung hinsichtlich zu den Ästen geleist. Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, den wesentlichen Inhalt der Verurteilung unter entsprechender Kommentierung in ihrer Nr. 58 gebracht zu haben.

Bayerische Landtagswahl in der Pfalz. Nunmehr sind sämtliche 806 Stimmbezirke gezählt. Danach wurden abgegeben für die Bayerische Volkspartei 110 767, für die Deutsche Volkspartei der Pfalz 77 917, für die Deutsche Demokratische Partei der Pfalz 58 888, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 7458 und für die Sozialdemokratische Partei 157 978 Stimmen. Im ganzen wurden 416 978 Stimmen abgegeben. Es entfallen auf die Bayerische Volkspartei 7 und 1, auf die Deutsche Volkspartei der Pfalz 4, auf die Deutsche Demokratische Partei der Pfalz 2, und auf die Sozialdemokratische Partei 8 und 1 Abgeordnete.

### An alle Künstler, Dichter, Musiker.

Ein Aufruf von Ludwig Reibner \*).

Damit wir uns nicht mehr vor dem Firmament zu schämen haben, müssen wir uns endlich aufmachen und mitteilen, daß eine gerechte Ordnung in Staat und Gesellschaft eingeseht werde. Wir Künstler und Dichter müssen da in erster Reihe mittun.

Es darf keine Kuschelei und Kuschelei mehr geben! Es darf nicht länger sein, daß eine gewaltige Mehrheit in den kümmerlichsten, unwürdigsten und entehrendsten Verhältnissen leben muß, während eine winzige Minderheit am überfüllten Tisch vertiert. Wir müssen uns dem Sozialismus entschließen: zu einer allgemeinen und unauflösbaren Völkervergesellschaftung der Produktionsmittel, die jedem Menschen Arbeit, Ruhe, Brot, ein Heim und die Ahnung eines höheren Zieles gibt. Der Sozialismus soll unser neues Glaubensbekenntnis sein!

Er soll Selbe erretten: den Armen aus der Schmach der Ardeckschaft, der Dummheit, Noheit und Gefäßigkeit — und den Reichen will er dem erdarmungslosetischen Egoismus, von seiner Gargier und Pärte erlösen für immerdar.

Uns Maler und Dichter verbinde mit dem Armen eine heilige Solidarität! Haben nicht auch viele unter uns das Elend kennen gelernt und das Beschämende des Hungers und materieller Abhängigkeit? Stehen wir viel besser und gesicherter in der Gesellschaft als der Proletar? Sind wir nicht wie Bettler abhängig von den Raunen der Kunst sammelnden Bourgeoisie?

Sind wir noch jung und unbekannt, so wirft sie uns einen Almosen hin oder läßt uns lautlos betreten.

Wenn wir einen Namen haben, dann sucht sie uns durch Geld und ekle Wünche vom reinen Ziele abzulenken. Und wenn wir längst im Grabe, dann deht ihr Progentum unsere leuteren Werke mit Bergen von Goldstücken zu. — Maler, Dichter, Musiker, schämt euch eurer Abhängigkeit und Feigheit und verbrüder euch dem ausgeföhrenen, rechtlosen, gering bezahlten Knock!

Wir sind keine Arbeiter, nein. Konjuch, Sonne — Verglöhen ist unser Tagewort. Wir sind leicht und wissen und müssen wie Führer-Johnen vor unsem schweren Brüdern wachen.

\* ) Aus dem Januarheft des „Kunstblattes“, Verlag Kunstverlag, Berlin, Potsdam.

### Karl Schönherr: Narrenspiel des Lebens.

Uraufföhrung in den Kammerspielen am 4. Februar.

Vor vielen Jahren — es war einmal — gab es in einem Schönberrschen Drama, in dem schon längst von den deutschen Bühnen zu Tode gespielt, „Glaube und Heimat“, durch das er zu Unrecht berühmt geworden ist, einen Blumenstod, und man erinnert sich vielleicht, daß um diesen Blumenstod viel Sentimentalität vergossen wurde. Schon damals sagten Viele daraus wahr und erklärten, daß der Dichter Schönherr an der spießbürgerlichen „Guten-Stube-Duselei“ zur Auflösung kommen würde.

Man muß es bekennen, daß ein Rouffinier des Theaters auch die Rouffine verewert hat; man muß es bekennen, daß ein begabter Dramatiker auch nicht mehr ein Quäntchen dramatisches Salz zu vergeben hat, und daß ein Mann, der wie Schönherr — es war einmal — wenigstens einen guten Dialog zu schreiben verstand, nur noch in monologisierenden Tiraden sein Publikum, auch das einstmalige für ihr beglückte, zu langweilen weiß. Aber Schönherr ist unschuldig daran, daß er nicht zu halten vermag, was er verspricht. Wer kann einen Schriftsteller dafür verantwortlich machen, daß er berühmt geworden ist und seine Berühmtheit nicht neu zu verdienen imstande ist? Es ist schade oder vielleicht nicht schade, aber er ist nicht schuld, wenn man seine unbedeutenden Werke nicht zu den Älten legt.

Schönherr ist beklagenswert, aber anklagenwert ist derjenige, der Geschöfte machen will mit einer verflorenen Berühmtheit, und aus Kostentrübsichten zum Kunstwerk zu stempeln versucht, was dieses Stempels nicht mehr würdig ist. Und das hat Max Reinhardt getan, als er dem „Narrenspiel des Lebens“ das Gastrecht seiner Kammerspiele gewährte. Das Kammerspielhaus ist keine literarische Modedüne. Oder soll man langsam daran gewöhnt werden, daß Reinhardt keine künstlerischen Ambitionen aufzucht? Geschäft ist Geschäft, Kaffe ist Kaffe, Bewiß, aber dann bitten wir höflich um entsprechende Vorzüge. Wenn man auf Schönherr von Reinhardt geladen wird, hofft man noch immer, er könnte sich gebietet haben einzuwillen. Oder soll man nicht mehr hoffen?

Das „Narrenspiel des Lebens“ ist ein hoffnungsloses Stück. Der berühmte Professor der Chirurgie, der sich aus der Tiefe des Arbeiterhauses, — Schönherr lebte mit dem Sozial-

— zum Leiter einer großen Klinik mit vielen Assistenten, — einer, nur einer ist ein Jude und (wie genial gesehen!) vorlaut und ausprünglich — herausgearbeitet hat, dieser arme, reiche Mann leidet an feilscher Unterernährung und Mangel an Lebensfreude. Im Kleinen ist er der große Wohlthäter und im Großen ein Heiner, sehr kleiner Mensch, der auch dem eigenen Herzen kein großes Leben gönnt, weil er es selbst hat nicht haben können. Er hat viele Patienten gesund gemacht, — wie, das zeigt Schönherr auf der Bühne — und einige zu Tode kuriert, — auch das zeigt Schönherr durch in Monologen schauerlich theatralisiertes Abdrücken. Das Ganze ist eine Selbstbiographie, die in dem Leben der fünf Akte durch das reichlich oft giteete „Gaudemus igitur iuvenem dum sumus“ treffend zusammengefaßt sind. Der Herr Professor hat sich aber nun einmal in der Jugend nicht freuen können, und im Alter gelang's ihm nicht mehr. In dieser weisen Erkenntnis nimmt er Gift angeteilt von Unbnd der Patientenwelt. Juvor spricht er sich mit einer Jugendliebe aus, verschwendet sein Kleingeld an ein paar Strengendinnen — Theaterdinnen — und fällt tot auf die Erde, die ihn noch dem Bebedert schließlich ja auch Leben soll.

Sentimentalität ohne Ende, Parlist-Romantik, Sudermann-Gefen in schönherlicher Romantik. Wenn kein Gaudeschlüssel-Sinn aus dem Publikum gepiffen wurde, dann nur, weil man zu müde dazu war, oder weil Paul Wegener den Krat so mekterlich dem Leben nachgezeichnet, wie es Schönherr allein nie vermocht hätte, auch damals nicht, als er noch Dichter war. Aber Wegeners Größe wächst nicht durch solche Arbeit. Er wäre größer im Bergicht auf solche Rollenpieler. Was neben ihm auf die Bühne kam, war inhaltsloses Puppenspiel. Nur Paul Grah gab als der jüdische Assistentorgel eine gute Charakterstudie. Es ist viel Wert, wenn ein Schauspielers aus Nichts etwas zu machen versteht. Das Gegenische hat Ernst Stein keine Löhnende Aufgabe, aber sie war erfüllt.

Es gab einmal einen sterreichischen Dichter, der all das gelernt hat, was Schönherr nicht kann. Spielt Angengrubel. Ulrich Steindorf.

### Kunstsalon etc.

Sturm-Gesellschaft. In der Februarveranstaltung gibt „Der Sturm“ einen Ueberblick über die entscheidenden expressionistischen, kubistischen und futuristischen Künstler Mit Gewandten hat vertreten: Kandinsky, Chagall, Krynckowka, Paul Klee, Dieckhoff, Wexler, Pröschner, Max Tward, Oswald Herzog, Guler, Reisinger und andere.

„Der Sturm“ gibt am kommenden Sonntag im Opera-

# Die Internationale Sozialistenkonferenz.

## Die Schuldfrage.

Bern, 3. Februar. (Schweizerische Tageszeitung.) Die Internationale Sozialistenkonferenz behandelte den ganzen Tag die Schuldfrage. Vormittags führten sich Eisner und Hermann Müller. Die Ausführungen Eisner's mochten tiefen Eindruck. Nachmittags sprachen Kautsky, Marina, Glanz, Traub, Bro-Holland und Longuet, Frankreich. Die Neben Eisner's und Kautsky's wurden als erster Schritt zur Verständigung bezeichnet. Die deutsche Mehrheit hat das erlösende Wort noch nicht gefunden. Ob ihre Erklärung eine Brücke bilden wird, soll sich morgen zeigen. Am Nachmittag sprach noch kurz Dr. Adler, in der Hauptsache die deutsche, österreichische, aber auch die Entente-mehrheit kritizierend.

## Eine Rede Eisners.

Bern, 4. Februar. (Schweizerische Tageszeitung.) Die Internationale Sozialistenkonferenz wurde heute vormittag 9 Uhr 30 Minuten fortgesetzt. Haysmans teilte mit, daß neue Delegierte aus Spanien und von Österreich eingetroffen seien, so daß heute insgesamt 25 Länder mit 83 Delegierten vertreten sind.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner wünscht, daß aus der ersten Zusammenkunft der Internationale der Anfang eines Völkerbundes hervorgehen möchte. Darin stimmt Eisner Thomas zu, daß völlige Klarheit und Wahrheit zwischen den Genossen herrschen muß, darum wollen und dürfen sich die Deutschen der Aussprache über die Schuldfrage nicht entziehen. Deutschland muß vor der Internationale seine schwere Schuld dadurch sühnen, daß es auf dem Wege zum Sozialismus voranschreitet. Dazu braucht es aber die Verständigung mit den Genossen der bisher feindlichen Länder, mit denen die deutsche Sozialdemokratie Schulter an Schulter kämpft. Eisner verbreitete sich dann über den Charakter der deutschen Revolution und stellte fest, daß diese Revolution die Massen aufs Tiefste umgewandelt habe. Die Tatsache, daß die deutschen Massen sich überwiegend für den Mehrheitssozialismus ausgesprochen haben, darf nicht als Anzeichen dafür gedeutet werden, daß in dem deutschen Volke sich nichts geändert habe. Eisner polemisierte dann in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen von Weiss. Schon als das erste deutsche Weiskbuch erschien, war es klar, daß das deutsche Volk von seinen Führern betrogen war, und daß die Schuld und Verantwortlichkeit nicht wegzuschütten ist. Die Verteidigung der Mehrheitssozialdemokratie, daß sie zum Kriege ziehen mußte, weil sonst das Volk irre gegangen wäre, und daß infolgedessen der Zusammenbruch eingetreten wäre, ist nicht stichhaltig. Selbst dann, wenn sie sich über das Wesen des Krieges täuschen konnte, hätte sie sich nicht über die Ausschüßten des Krieges täuschen können.

Darum ist es Aufgabe der deutschen Demokratie, gegen den Krieg Stellung zu nehmen und sich das Recht zu erwirken, im Augenblick des Zusammenbruchs moralisch für Deutschland zu wirken. Es steht fest, daß der Krieg von einer Horde großmohlnsinniger Militärs in Verbindung mit Industrie, Kapitalismus und Fürsten gemacht worden ist, und zwar ohne jede politische Voraussetzung und jede militärische Einsicht. Von diesen Dingen wurde der Krieg eingeleitet als Stahlbad gegen die sozialistische Bewegung. Nachdem der Krieg erklärt war, und nach 14 Tagen über die Schuldfrage am Kriege Klarheit herrschte, hätten die Sozialdemokraten die Regierung stürzen, die politische Macht ergreifen und den Frieden anbieten müssen. Die deutsche Revolution kam dreieinhalb Jahre zu spät, deshalb erschien sie dem Ausland als der Ausfluß der Verzweiflung und wird nicht gewertet als die Tat eines tapferen Volkes. Eisner verteilte sich sodann gegen den Vorwurf bürgerlicher und sozialistischer Führer in Deutschland, daß er durch seine bekannten Veröffentlichungen den Imperialismus der Gegner gefördert hätte. Nach seiner Überzeugung mußte die Wahrheit gesprochen werden, und wenn Deutschland selbst zugrunde gegangen wäre, aber die Veröffentlichung dieser Wahrheit hat Deutschland nichts geschadet. Eisner wendet sich neuerdings gegen die deutschen Mehrheitssozialisten und er-

klärt, daß sie als echte Revolutionäre die Pflicht hätten, die Verbrechen des alten Systems schonungslos bloßzustellen, da nur so die neue Internationale zustandekommen könne.

Eisner kam dann auf die Lage des deutschen Volkes zu sprechen und fuhr fort: Das deutsche Volk ist ein Opfer der deutschen Organisationsmacht, ein Opfer der wirtschaftlichen Grundlosigkeit und des Systems geworden. Das arme deutsche Volk hat nichts mit dem Verbrechen seiner Herrscher zu tun, es war durch das Regime verurteilt, die Wahrheit zu erkennen. Nachdem es seine Füchsen davongelassen, die Regierung gestürzt und die Demokratie hergestellt hat, und im Begriffe steht, den Sozialismus zu schaffen, hat es das Recht, mit den anderen Völkern gemeinsam am Wiederaufbau der neuen Welt zu arbeiten, und es darf nicht geschehen, daß man ihm die Freiheit nimmt und daß man es zum Schuldigen fremder Kapitalisten erniedrigt. Dieses deutsche Volk hat im Kampf gegen den Krieg mehr Opfer gebracht als irgendein anderes Volk. Dafür sind Zeugen die Tausende, die im Zuchthaus schmachteten, weil sie gewagt haben, gegen die Herrschenden und gegen den Krieg aufzutreten. Darum ist auch die deutsche Revolution nicht das Werk eines Zusammenbruchs, sondern das Ergebnis einer im stillen unermüdet vorwärts drängenden Arbeit, die gerade dann einsetzte, als das militärische Deutschland kleinbar auf der Höhe seiner Macht stand, wie das die gewalttätig unterdrückte Streikbewegung im Jahre 1918 bewiesen hat.

Der Redner vertritt sich dafür, daß die Revolution in Bayern speziell eine wirkliche Revolution ist, die schon seit Jahren geistig vorbereitet wurde. Die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie lebt oder nicht als die alte Sozialdemokratie, sondern als eine von Grund auf neue, die mit der Vergangenheit nicht mehr paltrieren will. Die deutsche Sozialdemokratie darf und will nicht den Richter spielen an den Schuldigen, deren Strafe nun ist, irgendwo im Verborgenen leben zu müssen. Wir wollen eine Sozialdemokratie schaffen, die das ganze Volk zur Zusammenarbeit heranzieht. Wir wollen unsere schwere Schuld sühnen, indem wir auf dem Wege zum Sozialismus kämpfend voranschreiten.

Eisner wandte sich dann an die Entente-Sozialisten mit der Aufforderung, den Deutschen die Hände zu reichen und verbunden mit ihnen den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Wenn man dem deutschen Volke Unwürdiges zumuten wollte, so werde es lieber untergehen, als dieser Zumutung zu entsprechen. Der große Jaures habe prophetisch voraus verkündet, daß einst noch einem ungeheuren Blutmeer eine neue Welt entstehen werde. Darum müssen wir einander helfen, jetzt die neue Welt aufzubauen und wir dürfen nicht von vorn fortgehen, bevor wir uns nicht geloben, bis zum Tode zu kämpfen für die Freiheit, Menschlichkeit und den Sozialismus zu kämpfen. Dieser Sozialismus muß heute zum Siege geführt werden. Wir leben heute, und heute wollen wir handeln.

Die Rede wurde mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommen.

Müller (Mehrheitssozialist) nahm Stellung zu dem persönlichen Angriff Renaudels sowie zu den Angriffen auf die sozialistische Mehrheitspartei. Der Redner fuhr fort: Ich glaube fest an die Wiedervereinigung der deutschen sozialistischen Parteien und ebenso fest an den Aufbau der Internationale. Weiss hat mit seinem Wort das alte System verurteilt und wir lehnen jede Verantwortung für dieses alte System ab. Alle Regierungen sind verantwortlich am Kriege, besonders auch an dessen Ausbruch. Wir haben keine Ursache, den deutschen Imperialismus zu verteidigen, aber so einfach lassen die Dinge nicht. Ohne Weismann Hollweg verteidigen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß dieser in Bezug auf den Ausgang des Krieges der Militärpartei gegenüber sich pessimistisch geäußert hat. Revolutionen kann man nicht gewaltlos vom Baune brechen, bevor die Stunde dazu geschlagen hat. Der größte deutsche Massenstreik, den es gegeben hat, der Streik vom Januar 1918, wollte das Kriegsende erlangen. Leider mußte er, wofür die Führer keine Verantwortung trifft, nach einigen Tagen unterbrochen werden, weil die Stunde noch nicht gekommen war. Am 15. Oktober 1918 verlannten wir, daß die Schuldigen vor Gericht gestellt würden. Wir stellten die Verantwortlichkeit von Tirpitz und anderen fest. Die Richter

würdigung haben wir gegeben und gebrauchlich, wie wir sagten, aber nicht nur die deutschen Militärs, sondern die Militärs von ganz Europa tragen die Schuld am Kriege.

Redner kam sodann auf den Vorwurf Renaudels zu sprechen, wonach er Ende Juli 1914 in Paris die französische sozialistische Partei über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gelächelt habe. Diese Behauptung in Paris geübt zu den freudigsten Erinnerungen des Redners, weshalb ihn dieser Vorwurf doppelt schmerze. Er stelle fest, daß er schon in Paris gesagt habe, daß es in Deutschland Kreise gäbe, die sich vor Petersburg fürchteten und die Schuld an dem Kriege nicht der deutschen Regierung zuschrieben würden. Die Parteienführung über die Haltung der sozialistischen Parteien sei auf jener Konferenz in allem vorbehalten worden, da es unmöglich sei, die Ereignisse vorherzusagen. Redner sei erst während des Krieges in die Reichstagsfraktion gewählt worden und habe dort für Bewältigung der Arbeit gestimmt, weil er nach Ausbruch des Krieges, wie auch einige Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie, seine Meinung infolge der russischen Bedrohung ändern mußte.

Deutschland war, fuhr der Redner fort, infolgedessen auf das Schlimmste gefährdet. Die russische Mobilmachung war für den Krieg der ausschlaggebende Faktor. Wir wollen volle Wahrheit, und darum wollen wir, daß alle Archive der ganzen Welt geöffnet werden, um die wirklich Schuldigen festzustellen. Ich muß die Frage aufwerfen, ob die französische und englische Diplomatie alles getan hat, um die russische Mobilmachung zu verhindern. Wir waren immer pessimistisch in Bezug auf den Ausgang des Krieges. Wenn Renandel Scheibemann besonders verantwortlich machen will, und uns weniger, so lehnen wir als dessen Kameraden, die mit ihm im Parteivorstande stehen, dies ab. Wenn Scheibemann vorgeworfen wird, er habe von einem Sieg-Trüben gesprochen, so ist demgegenüber an sein Wort zu erinnern: „Ein Narr, der an den Sieg glaubt!“

Redner betonte, daß die deutschen Mehrheitssozialisten ihren Einfluß für immer verlieren hätten, wenn sie während des Kampfes nicht zum Kriege gestanden hätten. Die deutschen Sozialisten hätten auf die Regierung leider nicht den nötigen Einfluß, so wenig wie die französischen Genossen auf ihre Regierung, als ihnen die Büste nach Stockholm betrogene wurden. Es wäre ein Fehler, hier über uns Gericht halten zu wollen. Ein Gericht können wir nur anerkennen, wenn es zusammengesetzt wäre aus Neutralen und nicht aus Männern wie Thomas, der den Ankläger gespielt hat.

Der Redner appellierte zum Schluß an die Solidarität aller Genossen und betonte, daß die ganze internationale Sozialdemokratie gefährdet würde, wenn es nicht zu einer Verständigung, sondern nur zu einem Gericht käme.

Die Verhandlungen werden hierauf um 1 Uhr abgebrochen und auf 3 Uhr nachmittag vertagt.

Bern, 4. Februar. Am Schluß der heutigen Vormittags-Sitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz erklärte der Vorsitzende Branting, es sei wünschenswert, wenn die Aussprache über die Verantwortlichkeit heute noch beendet werde. Selbst wenn sie zu keinem Abschluß führe, könne doch trotz der Schwärze gewisser Anklagen schon festgesetzt werden, daß sie zur Klärung vieler Punkte beitragen. Eine Reihe von Mißverständnissen beseitigt sie doch. Es sei daher zu hoffen, daß die versammelten Vertreter der Sozialdemokratie nicht als Feinde, sondern als internationale wieder vereinigte Brüder voneinander verabschiedet würden. Kautsky gab demselben Wunsch Ausdruck und hoffte, daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich wieder vereinigen werde. Er hielt es gegenüber den Erklärungen von Weiss und Hermann Müller für nötig, daß die deutschen Mehrheitssozialisten ihren bisherigen Freiheitsstandpunkt in der Schuldfrage sofort aufgeben und festsetze, daß allein die unabhängige Sozialdemokratie sich während des ganzen Krieges der Regierung widersetzt habe, in der belgischen Frage eingegriffen und ebenso in der schiffischen Frage die Volksabstimmung zu einer Zeit verlangt habe, als es noch gefährlich gewesen sei, an dieser Frage zu rühren. (Zuruf: Redebour hat protestiert!) Kautsky fuhr fort: Redebour hat im Rahmen der Unabhängigen gesprochen, die Mehrheitssozialdemokraten haben also auch kein Recht, gegen den harten Waffenstillstand zu protestieren, das können allein die Unabhängigen tun. In ihrem Namen erklärte Kautsky, daß jetzt Deutschland, das keine Rohstoffe und keine Lebensmittel besitze, in erster Linie der Gefahr des Bolschewismus und der Gegenrevolution preisgegeben sei. Kautsky sprach die Hoffnung aus, daß der Berner Kongress auch auf die Friedenskonferenz einwirken könne, denn für den Frieden des Sozialismus zu kämpfen sei die Hauptaufgabe der Internationale.

Nach Kautsky sprach als erster englischer Delegierter Stuart Suming, dessen Ausführungen verschiedentlich lebhaften Beifall fanden.

Maler, Dichter . . . wer sonst sollte für die gerechte Sache kämpfen als wir! In uns pocht noch mächtig das Weltgewissen. Die Stimme Gottes in uns ruft immer von Neuem unsere Empfindungsküste an.

### Siehe wir auf der Hut!

Wird nicht schon morgen wieder die Bourgeoisie die Staatsgewalt in ihre Hände reißen, durch Polizei, Beistellung und streppelose Wahlpaktiken? Wird dieses neue Deutschland der herrschenden Bourgeoisie nicht noch unerschämter menschliche Arbeitskraft ausnützen, den Armen noch brutaler buben? Wird es nicht in allen geistigen Dingen noch arroganter und frecher triumphieren wollen, als es je das kaiserliche Deutschland getan? Wenn dieses, mit seiner ausgefallenen Macht von Kanonen, Kasernen und Wissenschaften, Hochschulen, Volkshäuser und falschen Pfaffen, war zu stumpf und träg und unwissend, um ernsthaft in den Begirten des Geistes großen Schritten vorwärts zu können. Wo aber der bespottliche Bourgeois aufkommt — wo der in den edlen Räumen des Geistes mit seiner wüsten Tölpelheit — da wächst kein Gras mehr nach.

Malen, Dichter! Hören wir uns mit unseren eingeschüchterten, mehrlosen Brüdern um den Geist!

Der Arbeiter achtet den Geist. Er bemüht sich mit fröhlichem Eifer um Erkenntnis und Wissenschaft.

Der Bourgeois ist ehrfurchtlos. Er liebt nur Spielerei und ästhetisch verbrämte Stupidität und haßt und fürchtet den Geist — denn er fühlt, daß er vor ihm entlarvt werden könnte.

Der Bourgeois kennt nur eine Freiheit, seine eigene — d. h. die anderen ausbeuten zu können. Das ist der bleiche Terror, der geht schweigend um und Millionen fassen hin und verwirren fröh.

Der Bourgeois kennt keine Liebe — nur Ausnutzung und Heberverleumdung.

Kauf, auf, zum Kampf gegen das häßliche Krachvieh, den brutalsten, tausendköpfigen Kaiser von morgen, den Gottesläugner und Anti-Christ!

Malen, Baukünstler, Skulptoren, denen der Bourgeois hohe Löhne für eure Werke zahlt — aus Eitelkeit, Egoismus und Langeweile — hört: an diesem Seide Hebet Schwanz und Blut und Kerwenhaft von tausend armen, abgejagten Menschen — hört: das ist unreinlicher Gewinn. — Ach, wir wollen ja nur leben können und unsre Werke tun zum Preise Gottes!

Malen, Dichter und alle Künstler, Kameraden alle: wir müssen uns Part machen: es geht um den Sozialismus. Wir

wollen keinen blutbefleckten Lohn mehr. Wollen frei sein, zu unsrer und der Menschheit Lust und Hindernis.

Kameraden, hört weiter: wir müssen wahre Sozialisten sein — die höchste sozialistische Tugend ist und entschieden: Menschendürftigkeit. Das heißt: Güte, Freundlichkeit für einander und Einsicht in das, was uns allen nottut.

Hört weiter: Wir müssen Ernst machen mit unsrer Gesinnung, dem neuen, wunderbaren Glauben. Wir müssen uns der Arbeiterpartei anschließen, der entschlossenen, unabweislichen Partei.

Wir dürfen in unserem Kreise nicht mehr dulden die Schwächer, Spieler, Kesseltänzer und bürgerlich korruptierten Mitredner.

Wie der wahre Christ den Umgang mit den Bösewichtern nicht — so müssen wir uns rein halten von den Anreimern, Menschenverächtern und flunkerbunden Loggeblieben.

Wir müssen die Juniker festnageln auf dem Schmuße ihrer eigenen Habsucht. Lassen wir uns nicht beirren durch ihre giftigen Reden und Drohungen.

O, uns leite an diesem dunklen Tag die göttliche Stimme: Gerechtigkeit und Liebe! Mit Leib und Seele, mit unsrerem Glauben müssen wir mitun. Denn es geht um den Sozialismus — das heißt: um Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenliebe — um Gottes Ordnung in der Welt!

### „Der Einzige.“

Uns ging eine Zeitschrift zu: „Der Einzige“ mit den Beilagen: Der Erlaiser und der Unmensch. Sie wendet sich gegen die Revolution, gegen die mechanische, die alles Geistige tötet und erschlägt. (Wie wohl die Herausgeber haben, gelogen und fälschlich 30 Sätze.) Was „Der Einzige“ will, ist die Revolutionierung des einzelnen, das Erschaffen des revolutionären Geistes und Empfindens durch den einzelnen Menschen. Gerade weil, die wir sehen, wie die Schlagwörter: Sozialisierung, Kommunismus, Demokratie nur Echo in dem Runde der Masse finden, nie aber Resonanz in dem Herzen des Individuums, müssen dringend wünschen, daß sich unsere Freunde auch mit der Empörung der unabhängigen Geirne auseinandersetzen, sie verstehen lernen und nicht bloß alles Gewicht auf die Schlagwörter des Tages und des Schweißes legen. Wenn wir eine Intensivierung der Revolution wollen, wenn wir in die Tiefe wachsen wollen, dann wollen wir nicht nur auf Stimmenfang ausgehen, nicht nur aktuelle

Tagesspolitik treiben, sondern die Seele des Menschen ergreifen, an ihn, den Einzelnen, Einzelnen appellieren. Und bei dieser Bildungsarbeit, die langsam und zäh gelistet werden soll, brauchen wir auch die Stimmen Kluges und Stürners, der großen Deutschen, die uns aus diesen Nationen lebendig und persönlich zurufen. Die Welt hängt erst im Menschen an. Werden wir diesen Menschen, wollen wir ihn helfen, sich selbst zu befreien, ihn zu sich zu bringen, zum Teil durch eine egoistisch-individualistische Philosophie, zum Teil durch den tiefen, ja ersten Humor eines so bedeutenden Lenkendidaktors, wie es Mannona-Friedländer ist.

### Chemische Kriegserfolge der Franzosen.

Frankreichs chemische Industrie hat während des Krieges, weil die Rot den Staat zu besonderen Veranlassungen und Unterstellungen zwang und weil die deutsche Konkurrenz wegfiel, einen außerordentlichen Aufschwung genommen. „The Chemical Trade Journal“ berichtet darüber: Die chemische Industrie wurde ähnlich wie in Deutschland organisiert und mit dem gleichen Erfolge. Die tägliche Explosionsstoffproduktion von 25 T. im Jahre 1914 war schon bis Ende 1916 auf 1000 T. erhöht, von der fast größtenteils aus Deutschland importierten Schwefelsäure, dem „täglichen Brot der chemischen Industrie“, ergab Frankreich 1916 bereits 90000 T., womit der Friedensbedarf bei weitem überholt ist. Ebenso steht es mit Chlor und Soda, und auch Salpetersäure wird mehr und mehr durch Oxidation des Luftstickstoffs im Lande gewonnen. Azotyl, Kaliumchlorid, Phosphorverbindungen, Phosphor, allerlei Natrium- und Natriumsalze, wurden vermehrt hergestellt. Beim erhielt man aus französischem Seesalz, das zur Verwertung von Wasserstoffsuperoxyd nötige Bariumsuperoxyd aus französischen Bariummineralen hat aus deutschem Bariumcarbonat. Nachwiegend fällt es dagegen über Fortschritte in der Farbenindustrie.

Frankreichs chemische Industrie zog Ruben aus den Kriegspreisen, um sich zu entwickeln. Ob sie ihre Position im Frieden unter normalen Umständen gegenüber Deutschlands gut organisierter, wissenschaftlich trefflich beratener und mit geschulten Kräften wohl versicherter chemischer Großindustrie wird behaupten können, das ist sehr die Frage. Deshalb agitiert man in Frankreich für eine solche Erhöhung der Zollsätze, daß Frankreich in der Lage sein soll, Chemikalien sogar zu exportieren. Doch fehlen ihm allerlei Rohstoffe und Urprodukte, wie Kalisalze, Zinn usw., über die Deutschland verfügt.

